



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

# Palästinensische Gebiete

Chancen und Herausforderungen



## Die Palästinensischen Gebiete

Die Palästinensischen Gebiete tauchen in den Medien meist in Zusammenhang mit Krieg und Konflikt auf. Das Leben in den Palästinensischen Gebieten ist seit Jahrzehnten von dem noch immer ungelösten israelisch-arabischen Konflikt geprägt.

Das Land zwischen Mittelmeer und Jordan gehörte während der Osmanischen Herrschaft zum Gebiet Groß-Syrien und war ab 1920 britisches Mandatsgebiet. Ein klar abgrenzbares Land „Palästina“ bestand nie. Schon immer lebten Muslime, Juden und Christen in dem Gebiet. Die multi-religiöse Geschichte der Gegend ist dabei von einiger Bedeutung für die heutigen Konflikte: Besonders das Zentrum Jerusalem – arabisch al-Quds „die Heilige“ – ist für die drei großen Weltreligionen ein Ort von hoher symbolischer Bedeutung.

Die Staatsgründung Israels 1948 und die arabisch-israelischen Kriege 1967 und 1973 zwangen viele Palästinenser zur Flucht. Heute leben über 4,5 Millionen Menschen als Flüchtlinge in Jordanien, Syrien, Irak und dem Libanon. In den Palästinensischen Gebieten selbst leben knapp vier Millionen Menschen, davon 1,4 Millionen im Gazastreifen und 2,4 Millionen im Westjordanland und Ostjerusalem.

Die Palästinensischen Gebiete existieren nicht als international anerkannter Staat, sondern befinden sich in einem Übergangsstadium mit offenem völkerrechtlichem Status.



Älterer Mann im Westjordanland

## Die Situation vor Ort: Schwierige Ausgangsbedingungen in Politik und Wirtschaft

Das von Beginn an konfliktträchtige Verhältnis zwischen Palästinensern und Israelis verschlechterte sich weiter, als in den 90er Jahren Friedensverhandlungen erneut scheiterten und im Jahre 2000 die zweite Intifada ausbrach. Seitdem bestimmen Gewalt und Gegengewalt immer wieder den Alltag vor Ort, insbesondere im Gazastreifen. Regelmäßig kommt es zu Raketenbeschuss israelischer Städte aus dem Gazastreifen und zu Übergriffen durch israelische Siedler im Westjordanland. Die dreiwöchige israelische Militäroperation im Gazastreifen zur Jahreswende 2008/2009 führte zu großen Verlusten unter der palästinensischen Zivilbevölkerung und verschärfte die humanitäre und wirtschaftliche Situation vor Ort.



**Blick auf die Tulkarem-Kläranlage, die mit Stacheldraht umzäunt ist**

Die Übergangsregierung von Premierminister Fayyad bemüht sich um umfangreiche Reformen und mehr Transparenz. Seit jedoch die radikal-islamische Hamas 2007 im Gazastreifen die Macht übernommen hat, sind Westjordanland und Gazastreifen politisch gespalten. Es kommt immer wieder zu Konflikten zwischen den Anhängern von Hamas und der konkurrierenden Fatah.

Die Friedensbemühungen zwischen der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde blieben bislang erfolglos. Umstritten bleiben nach wie vor der Grenzverlauf, der Status Jerusalems, die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, das von den Palästinensern beanspruchte Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge und die Verteilung der Wasserressourcen (die so genannten Endstatusfragen).

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Palästinensischen Gebieten leidet naturgemäß unter den schwierigen politischen Rahmenbedingungen. Die als Reaktion auf den Putsch der Hamas von Israel verhängte Blockade über den Gazastreifen brachte die Ein- und Ausfuhren zum Erliegen, mit negativen Auswirkungen für die Privatwirtschaft. In der Folge hat sich die soziale und wirtschaftliche Situation vor Ort stark zugespitzt, die Privatwirtschaft liegt am Boden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Lebensmitteln und Elektrizität kann oft nicht gewährleistet werden. Im Westjordanland leidet die Bevölkerung unter Zugangsbeschränkungen, beispielsweise zu Ackerland oder von einem Dorf in das andere.

Dank erster Erfolge im Rahmen des Reformprogramms der Übergangsregierung Fayyad, der verbesserten Sicherheitssituation im Westjordanland sowie Erleichterungen der Bewegungsfreiheit konnte dort im letzten Jahr eine leichte Erholung der wirtschaftlichen Lage verzeichnet werden. Um eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung zu erreichen sind jedoch weitere Fortschritte dringend notwendig.

Das Bevölkerungswachstum in den Palästinensischen Gebieten ist hoch. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 18 Jahre alt. Den vielen jungen Menschen die Chance auf ein Leben in materieller und sozialer Sicherheit zu geben, ist deshalb wichtiges Ziel der Zusammenarbeit zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und Deutschland.



**Straßenszene mit Kindern im Qalandia  
Flüchtlingslager (Jerusalem)**

## Entwicklungspotenziale

Die Palästinensischen Gebiete verfügen über beachtliche Entwicklungspotenziale, die jedoch nur mit Fortschritten auf dem Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts zum Tragen kommen können. Aufgrund ihrer reichen Geschichte und ihrer Lage am Mittelmeer könnten die Palästinensischen Gebiete ein attraktives Reiseziel für historisch und kulturell Interessierte werden. Hierfür und auch in wirtschaftlicher Hinsicht förderlich ist die geographische Nähe zu Europa. Auch die vielen Exil-Palästinenserinnen und -Palästinenser bilden ein Potenzial. Sie sind häufig hoch qualifizierte Fachkräfte und gut untereinander vernetzt. Die Bevölkerung in den Palästinensischen Gebieten verfügt im Vergleich mit anderen arabischen Staaten über ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau, die Alphabetisierungsrate liegt bei über 90 Prozent.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist ein wichtiger Teil des deutschen Engagements in den Palästinensischen Gebieten. Neben der konkreten Unterstützung der Bevölkerung vor Ort setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Union und im Nahost-Quartett intensiv für eine politische Lösung des Nahost-Konfliktes ein. Diese bedarf des ernsthaften Verhandlungswillens aller beteiligten Akteure ebenso wie der Unterstützung von außen.

Langfristig kann nur eine Zweistaatenlösung mit einem lebensfähigen palästinensischen Staat dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung im Nahen Osten bringen. Beide Konfliktparteien müssen deshalb ihren jeweiligen Verpflichtungen aus dem Nahost-Fahrplan, der sogenannten „Roadmap“, uneingeschränkt nachkommen.

## Die deutsch-palästinensische entwicklungspolitische Zusammen- arbeit

Die Palästinensischen Gebiete stehen, gemessen an den Pro-Kopf-Leistungen, an der Spitze der Empfängerländer deutscher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts dar.

Deutschland unterstützt seit Anfang der 80iger Jahre unter schwierigen, sich oft verändernden Rahmenbedingungen mit großer Kontinuität und Verlässlichkeit. Dies gelingt nur, indem flexible Ansätze gewählt werden und sich alle Beteiligten rasch auf neue Herausforderungen einstellen. Im Fokus stehen dabei schnell wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung vor Ort. Darüber hinaus will die deutsch-palästinensische Zusammenarbeit auch langfristig wirken. So soll über die Förderung von nachhaltig nutzbarer Infrastruktur und staatlicher Institutionen auf kommunaler und zentraler Ebene sowie der Unterstützung der Zivilgesellschaft ein wichtiger Beitrag zum „state-building“ geleistet werden. Dies meint den Aufbau eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen zukünftigen Staates Palästina. Dabei unterstützt die Bundesregierung auch einen sach- und projektbezogenen Dialog zwischen der israelischen und palästinensischen Seite, zum Beispiel im Wassersektor.

Mit den palästinensischen Partnern wurden **drei Schwerpunktbereiche** vereinbart, die sich auf den von der palästinensischen Regierung vorgelegten dreijährigen Reform- und Entwicklungsplan stützen:

- Wasser / Abwasser / Abfall
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung / Beschäftigungsförderung
- Aufbau von Institutionen und Förderung der Zivilgesellschaft („Governance“)



Schülerinnen sitzen in der Pause auf dem Schulhof der Othman Iben Afan Schule (Nablu)

## Wasser / Abwasser / Abfall

Der Nahe Osten gehört weltweit zu einer der wasserärmsten Regionen. Die Nutzung der überbeanspruchten Wasserressourcen durch die verschiedenen Parteien birgt ein beträchtliches Konfliktpotenzial. Die Frage der Wasserversorgung ist aufs Engste mit den politischen Parametern des israelisch-palästinensischen Konflikts verknüpft. Die Wasserressourcen sind seit 1967 unter israelischer Kontrolle.

Der Wassermangel in den Palästinensischen Gebieten hat verheerende Folgen: Nicht nur ist Trinkwasser für die Bevölkerung knapp, auch die Landwirtschaft leidet unter dem Wassermangel und einer zunehmenden Versalzung der Böden. In Folge der schlechten wirtschaftlichen Situation ist die Abwasserentsorgung insbesondere im Gazastreifen problematisch geworden – mit ebenfalls gravierenden Folgen für Mensch und Umwelt, wie eine Ausbreitung von Infektionskrankheiten und eine zunehmende Vergiftung des Bodens.



Detailansicht der Kläranlage Al Bireh

Der Schutz der knappen Ressource Wasser steht deshalb im Mittelpunkt der deutsch-palästinensischen Zusammenarbeit. Deutschland ist neben den USA der größte und wichtigste Geber im Wasser- und Abwasserbereich.

Damit Wasser effizienter genutzt und Abwässer schadlos entsorgt werden, unterstützt Deutschland die Palästinensischen Gebiete konkret durch Beratung im Bereich Wassermanagement und durch die Sanierung und den Bau von Leitungen und Kläranlagen. Besonders wird hierbei die soziale Verträglichkeit der unternommenen Reformen berücksichtigt: Alle Bevölkerungsschichten sollen langfristig Zugang zu einem funktionierenden Wasser-/ Abwassersystem haben. Deutschland ist mit seiner Unterstützung im Wassersektor führend und kann in diesem Bereich beachtliche Erfolge nachweisen. Über 120.000 Menschen beziehen heute Trinkwasser aus instandgesetzten Brunnen. Da die Qualität von Grundwasser eng mit der Frage der Abfallentsorgung zusammenhängt, unterstützt die Bundesregierung durch Know-how und finanzielle Mittel auch den Aufbau einer effektiven Abfallwirtschaft in den Palästinensischen Gebieten. Bislang hat Deutschland über 220 Millionen Euro für den palästinensischen Wassersektor bereitgestellt und wird sein Engagement in Abstimmung mit anderen Gebern fortsetzen.

Durch den deutschen Beitrag werden bis zum Jahr 2015 die Kapazitäten zur Abwassersammlung und -reinigung in Gaza und in der Westbank erheblich erweitert. Hiervon werden rund 1,2 Millionen Menschen profitieren. Langfristig tragen diese Maßnahmen entscheidend zum Schutz der Küstengewässer, Flüsse und Grundwasserressourcen bei und entfalten dabei positive Umweltwirkungen auch

jenseits der Grenzen des Gazastreifens und der Westbank. Durch die mit deutscher Hilfe weiter verbesserte Wasserversorgung werden sich bis 2015 die Lebensbedingungen von nochmals 200.000 Menschen unmittelbar und spürbar verbessern.

## **Tulkarem: Ein gemeinschaftliches Erfolgsprojekt**

Die palästinensische Stadt Tulkarem mit circa 60.000 Einwohnern liegt innerhalb der Sperrzone an der israelisch-palästinensischen Grenze im Westjordanland. Wie im ganzen Westjordanland ist Wasser hier knappes Gut – und Streitpunkt zwischen Israelis und Palästinensern. Durch ungeklärte Abwässer der Stadt wurde das Grundwasser zusätzlich verunreinigt, mit negativen Folgen für die Bewohner von Tulkarem und seiner Umgebung. Der jenseits der Sperranlage gelegene israelische Landkreis Emek Hefer war betroffen. Mit deutscher Unterstützung wurde die veraltete Kläranlage von Tulkarem instandgesetzt, wobei eine enge Kooperation zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite stattfand. 2005 feierten Tulkarem und Emek Hefer gemeinsam die Einweihung des Umweltprojekts.

## Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung

Die wirtschaftliche Situation in den Palästinensischen Gebieten hat sich seit Ende der 90er Jahre kontinuierlich verschlechtert. Nicht nur der Industriesektor ist stark geschrumpft, auch die Landwirtschaft kann angesichts von Zugangsbeschränkungen, Wassermangel und der Verknappung von Ackerland nur noch unter erschwerten Bedingungen betrieben werden.

Die negativen Folgen dieser Entwicklung treffen weite Teile der palästinensischen Bevölkerung: Es herrscht hohe Arbeitslosigkeit und weit über die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Um den vielen jungen Menschen eine Perspektive zu geben, müssen moderne Ausbildungsangebote und ausreichend Arbeitsstellen zur Verfügung stehen.



Klassenraum mit Schülerinnen und Lehrerin der Deir Sharaf Grundschule (Nablus)

Zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung hat die Bundesregierung zusammen mit den palästinensischen Partnern umfangreiche Beschäftigungsprogramme auf den Weg gebracht. So sieht ein Programm den Neubau und die Sanierung von mehr als 100 Schulen für circa 80.000 Schülerinnen und Schüler vor. Dadurch, dass die Bauaufträge ausschließlich lokal vergeben werden, profitieren kleine und mittlere palästinensische Unternehmen und es entstehen über 5.000 temporäre Arbeitsplätze. Durch den Ausbau der Grund- und weiterführenden Schulen erhalten insbesondere arme Menschen einen besseren Zugang zu Bildung und sozialer Infrastruktur. Durch ein Programm zur Förderung des Berufsbildungssystems sollen außerdem junge Menschen aus allen Schichten besseren Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung bekommen. Auf Basis der langjährigen Erfahrungen im Bereich Schulbau engagiert sich die Bundesregierung zukünftig in Kooperation mit anderen Gebern im Rahmen eines umfassenden, gemeinsamen Programms zur Förderung des palästinensischen Bildungssektors.



**Palästinensische Jugendliche in der beruflichen Ausbildung, Elektrogewerbe**

Durch den deutschen Beitrag werden bis zum Jahr 2015 die Kapazitäten zur Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Bildungsangebots erheblich erweitert. Hiervon werden die rund 1,1 Millionen Schülerinnen und Schüler sowie die rund 30.000 Lehrerinnen und Lehrer unmittelbar profitieren. Langfristig tragen diese Maßnahmen entscheidend zur Verbesserung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in den Palästinensischen Gebieten bei. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Palästinensischen Gebieten.

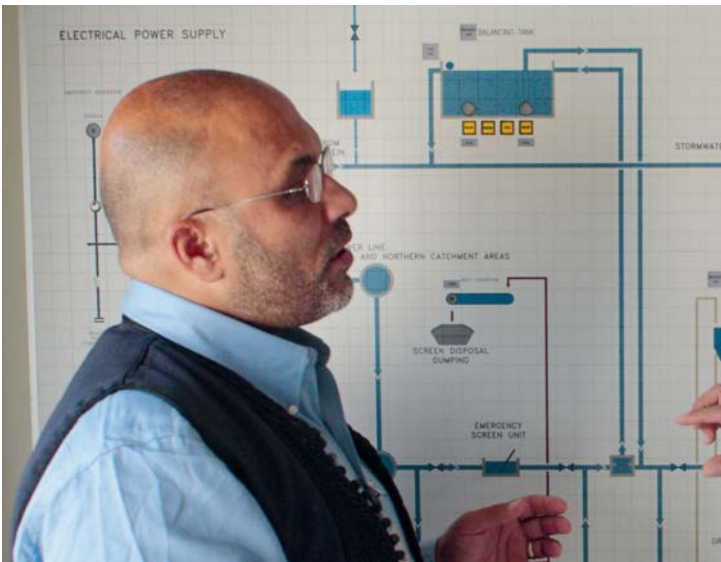
### **Bessere Chancen für kleine Unternehmen: Der Europäisch-Palästinensische Kreditgarantiefonds**

Aufgrund der Ausgangssperren und Blockaden im Westjordanland sind Waren-, Personen- und Finanzströme unterbrochen beziehungsweise im Gazastreifen nahezu abgeschnitten. Ohne die Bereitstellung ausreichender Liquidität für viele im Kern gesunde Unternehmen drohen der Verlust von Arbeitsplätzen und eine weitere Destabilisierung der palästinensischen Wirtschaft. Der Europäisch-Palästinensische Kreditgarantiefonds sichert klein- und mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Krediten und hilft dem Verfall marktwirtschaftlicher Strukturen entgegenzuwirken. Seit Aufnahme des Programms wurden bereits mehr als 1.070 Kredite mit einem Gesamtvolumen von circa 32 Millionen US-Dollar über fünf Partnerbanken garantiert. Damit leistet der Kreditgarantiefond einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zum Erhalt von noch existierenden Unternehmen und Arbeitsplätzen.

## Aufbau von Institutionen und Förderung der Zivilgesellschaft („Governance“)

Die Beteiligung von Bürgern am politischen Prozess und ihre legitime Vertretung durch den Staat ist eine Grundvoraussetzung für Stabilität. Grundsätzlich bestehen in den Palästinensischen Gebieten bereits demokratische Strukturen. Interne Konflikte und die schwierige gesamt-politische und wirtschaftliche Lage haben die staatlichen Institutionen jedoch nur bedingt handlungsfähig gemacht.

Es herrscht also Handlungsbedarf um Legitimität, Transparenz und Effektivität der zentralen und kommunalen Institutionen wieder zu stärken. „State-Building“ und die Prinzipien guter Regierungsführung sind deshalb weitere zentrale Bestandteile der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit. Die verschiedenen Vor-



haben setzen auf staatlicher und kommunaler Ebene an. Zur Unterstützung der Zivilgesellschaft werden Vorhaben außerdem in Zusammenarbeit mit lokalen Nichtregierungsorganisationen abgestimmt und durchgeführt.

Bis zum Jahr 2015 werden durch den deutschen Beitrag die Kapazitäten für eine bürgernahe kommunale Verwaltung und eine finanziell stabile und effiziente Erbringung von Basisdienstleistungen für die Bürger erheblich erweitert. Hiervon wird direkt und indirekt die gesamte Bevölkerung in den Gemeinden der Palästinensischen Gebiete profitieren. Langfristig tragen diese Maßnahmen entscheidend zur nachhaltigen Verbesserung des Angebots an kommunaler Infrastruktur und Dienstleistungen



**Zwei diskutierende Mitarbeiter im Labor der Al Bireh Kläranlage**

sowie des kommunalen Managements bezüglich mehr Verantwortung und Rechenschaftspflichtigkeit gegenüber den Bürgern bei.

## **„Gute Regierungsführung“ in Städten und Gemeinden**

Als Rückgrat der öffentlichen Verwaltung tragen Gemeinden in den Palästinensischen Gebieten besondere Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stärkt Kommunen und ihren Verband, das Ministerium für Kommunalentwicklung, den Municipal Development and Lending Fund (MDLF) als zentrales kommunales Finanzierungsinstrument sowie Organisationen der Zivilgesellschaft mit dem Ziel der effektiveren und effizienteren Bereitstellung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen. Nach den Prinzipien „guter Regierungsführung“ werden Verwaltungs- und Finanzmanagement in den Partnergemeinden modernisiert, um die Qualität ihrer Dienstleistungen zu verbessern. Kommunale Mandatsträger und zivilgesellschaftliche Akteure werden für lokalpolitische Planungs- und Entscheidungsprozesse qualifiziert. Die deutsche Unterstützung im Bereich der Kommunalentwicklung stellt ein gutes Beispiel für die enge Verzahnung von technischer Beratung und finanzieller Zusammenarbeit dar und bietet die Grundlage für einen geberkoordinierten Ansatz zur Förderung der Kommunalentwicklung.

## Umfassende Unterstützung und enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Um auch kurzfristig die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung wirkungsvoll zu verbessern, leistet die Bundesregierung neben Vorhaben in den Förderschwerpunkten gezielte Soforthilfe. Von 2006 bis 2009 wurden 85 Millionen Euro für Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die den Menschen unmittelbar zugute kommen. Allein in 2009 hat Deutschland 25 Millionen Euro über den EU-Mechanismus „PEGASE“ zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung im Gazastreifen bereitgestellt.

Mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) hat die Bundesregierung 1999 ein neues Instrument zur Friedenssicherung und Krisenprävention geschaffen. Zu den Aufgabenfeldern der speziell ausgebildeten Fachkräfte des ZFD gehören



Blick auf die Sperranlage

beispielsweise die Vermittlung im Konfliktfall, die Interessensvertretung von benachteiligten Gruppen und die Arbeit mit traumatisierten Opfern von Gewalt. In den Palästinensischen Gebieten unterhält der ZFD sein weltweit größtes Programm mit derzeit 19 Friedensfachkräften.

Seit einigen Jahren besteht außerdem zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der für palästinensische Flüchtlinge zuständigen UN-Organisation United Nations Relief and Works Agency für Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) eine enge Zusammenarbeit. Dabei wird UNRWA von Deutschland durch finanzielle Mittel sowie Beratungsmaßnahmen unterstützt. Seit 2007 fördert das BMZ außerdem die „Camp Improvement Initiative“ der UNRWA, die eine partizipative und systematische Entwicklung der palästinensischen Flüchtlingslager in der Region zum Ziel hat.

Mit deutscher Unterstützung engagieren sich in den Palästinensischen Gebieten außerdem zahlreiche andere Organisationen und Institutionen in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Neben den Kirchen und vielen privaten Trägern sind alle deutschen politischen Stiftungen vor Ort aktiv.



## **Die deutsche entwicklungs- politische Zusammenarbeit**

Das BMZ ist verantwortlich für die Planung und Steuerung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf deutscher Seite. Es führt jedoch selbst keine Programme und Projekte durch. Vielmehr koordiniert das Bundesministerium die Arbeit der Durchführungsorganisationen.

Dies sind im Bereich der Technischen Zusammenarbeit die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) sowie das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM). Die Finanzielle Zusammenarbeit wird von der KfW Entwicklungsbank durchgeführt.

Die Durchführungsorganisationen DED, GTZ und KfW Entwicklungsbank vor Ort haben gemeinsam ihre Büros im Deutschen Haus für Entwicklungszusammenarbeit in Al Bireh/Ramallah.

## **Die Akteure der deutschen entwicklungs- politischen Zusammenarbeit**

### **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Dahlmannstraße 4 | 53113 Bonn

Tel. +49 (0) 2 28 / 5 35-0 | Fax +49 (0) 2 28 / 9 95 35-35 00

info@bmz.bund.de | www.bmz.de

### **Akteure im Auftrag des BMZ**

#### **Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)**

Mendelssohnstr. 75-77 | 60325 Frankfurt/Main

Tel. +49 (0) 69 / 71 91 21 - 0 | Fax +49 (0) 69 / 71 91 21 - 19

cim@gtz.de | www.cimonline.de

#### **Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH**

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5 | 65760 Eschborn

Tel. +49 (0) 61 96 / 79 - 0 | Fax +49 (0) 61 96 / 79 - 1115

info@gtz.de | www.gtz.de

#### **Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)**

Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn

Tel. +49 (0) 2 28 / 24 34 - 0 | Fax +49 (0) 2 28 / 24 34 - 111

poststelle@ded.de | www.ded.de

#### **Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)**

Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn

Tel. +49 (0) 2 28 / 44 60 - 0 | Fax +49 (0) 2 28 / 44 60 - 1766

info@inwent.org | www.inwent.org

#### **KfW Entwicklungsbank**

Palmengartenstraße 5-9 | 60325 Frankfurt am Main

Tel. +49 (0) 69 / 74 31 - 0 | Fax +49 (0) 69 / 74 31 - 2944

info@kfw-entwicklungsbank.de | www.kfw.de

## Herausgeber

### Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

#### Dienstsitz Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 99 535 - 0

Fax + 49 (0) 228 99 535 - 3500

#### Dienstsitz Berlin

Europahaus

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. + 49 (0) 30 18 535 - 0

Fax + 49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

#### Redaktion

Jacqueline Groth, Sophie Grünwald

*Referat Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten*

Gaby Holleder

*Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit*

#### Verantwortlich

Andreas Gies

*Referat Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten*

Klaus Krämer

*Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit*

#### Gestaltung

F R E U D E ! design, Köln

#### Bildnachweis

Titel, S. 3,4,6,9,10,13,15,16,19: KfW-Bildarchiv / photo-  
thek.net; S. 14: GTZ, S. 20: Auswärtiges Amt (Karte)

#### Druck

Schloemer Gruppe, Düren

Gedruckt auf fsc-zertifiziertem Papier

#### Stand

November 2009

#### Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

Tel. + 49 (0) 1805 77 80 90

(Festpreis 14 Cent/Min., abweichende Preise  
aus den Mobilfunknetzen möglich)

Fax + 49 (0) 1805 77 80 94

E-Mail publikationen@bundesregierung.de



Mix  
Produktgruppen aus vorläufig  
bestimmten Holzarten und  
anderen kontrollierten Materialien  
Zert.Nr.: SCS-COC-81841  
www.fsc.org  
© 1996 Forest Stewardship Council

